

Bund will bei Altlasten sparen

Überwachung schadstoffbelasteter Standorte wird gelockert – mit Folgen für Baselland

Von Daniel Ballmer und Alessandra Paone

Liestal/Bern. «Natürlich lassen sich mit diesen Massnahmen Kosten sparen», sagt Alberto Isenburg. Der Leiter des Baselbieter Amts für Umweltschutz und Energie versichert aber auch, «dass das nicht zulasten der Umwelt geht». Fakt ist: Der Bund will die Regeln lockern für den Umgang mit Standorten, die wegen der Belastung mit Schadstoffen überwacht werden müssen. Die bisherige Regelung habe zu Unsicherheiten beim Vollzug geführt, teilt das Bundesamt für Umwelt mit.

Neu sollen belastete Standorte nur noch dann überwacht werden, wenn Untergrenzen für Schadstoffkonzentrationen im Grundwasser überschritten sind. Diese Grenzwerte werden neu festgelegt. Das sei nötig, weil moderne Analysemethoden auch kleine Konzentrationen von Stoffen nachweisen, die für Mensch und Umwelt nicht schädlich sind.

Aber das ist noch nicht alles: Künftig sollen Überwachungen auch früher eingestellt werden dürfen. Sollte nach mehreren Jahren feststehen, dass der Stand-

ort «mit grosser Wahrscheinlichkeit» nicht saniert werden muss, kann die Überwachung abgeschlossen werden. Das werde sich für alle Standortinhaber und Zahlungspflichtigen kostensenkend auswirken, hatte der Bund bereits in der Vernehmlassungsvorlage erklärt.

Umweltschutz bleibt gewährleistet

Die veränderte Verordnung tritt Anfang August in Kraft. Dabei müssen die zuständigen Behörden künftig auch verlangen, dass ein Konzept erstellt wird. Dieses soll die Ziele und Massnahmen der Überwachung beschreiben. So werde sichergestellt, dass die Überwachung «nach dem Stand der Technik umweltverträglich und wirtschaftlich» erfolgt.

Für Isenburg ist die Revision sehr vernünftig. Denn wenn bei einer Überwachung absehbar werde, dass die Schadstoffkonzentration unter die Grenzwerte sinkt, sei es unsinnig, Steuergelder auszugeben, wo es gar nicht mehr nötig sei. «Immerhin hat der Staat die Aufgabe, Steuergelder vernünftig einzusetzen», so Isenburg. Und an die Deponiekritiker ge-

richtet: «Klar aber ist, dass der Umweltschutz weiter gewährleistet sein wird.»

Daran kann Jürg Wiedemann nicht glauben. Für ihn hat die Lockerung nur einen Grund: «Dem Bund gehen langsam die Vasa-Gelder aus», sagt der Baselbieter Grünen-Landrat. Der Bund beteiligt sich finanziell an der Untersuchung, Überwachung und Sanierung belasteter Standorte. Dazu hat er den Vasa-Altlasten-Fonds geschaffen. Es sei klar, dass der Bund mit dieser Massnahme sparen wolle, so Wiedemann. Wenn weniger Deponien als sanierungspflichtig gelten, müssten die Behörden auch weniger zahlen. «Offenbar sind dem Bund wirtschaftliche Interessen wichtiger als der Umweltschutz und eine saubere Sanierung.»

Muttener Deponien betroffen

Die Neuregelung könnte auch KMU oder Privaten zugutekommen. Rund 3000 Standorte im Baselbiet hat der Kanton ursprünglich in seinen Altlastenkataster aufgenommen. 1600 konnten mittlerweile gelöscht werden. «Es geht hier auch um Verhältnismässigkeit», sagt

Stefan Künzli vom Baselbieter Institut für Wirtschaftsförderung. Man könne ja nicht einfach einen Standort überwachen um der Überwachung willen. «Es geht nicht um eine Aufweichung der Verordnung, sondern darum, die Erkenntnisse aus einer Überwachung dann auch umzusetzen.» Natürlich gehe es aber auch um finanzielle Ressourcen, so Künzli. «Immerhin bedeutet eine Überwachung einen beträchtlichen Aufwand.»

Anzunehmen ist aber, dass auch die Muttener Deponien Rothausstrasse und Margelacker von der Neuregelung betroffen sind. Die beteiligten Parteien dürften viel Geld sparen. Während die ehemalige Deponie Feldreben gesetzeshalber saniert werden muss, werden die anderen beiden Deponien vorerst überwacht. Während die Analytik bei der Rothausstrasse erst gestartet worden ist, hat die Überwachung des Margelackers bereits neue Resultate gebracht: Tatsächlich wurden bei einzelnen Stoffen höhere Konzentrationen als früher gefunden. Sofortmassnahmen aber seien keine nötig, versichern die Behörden.

«Wir müssen zeigen, dass wir das Land weiterbringen wollen»

Christine Pezzetta, neue Präsidentin der Baselbieter FDP, über Vergangenheit und Zukunft ihrer Partei

Von Georg Schmidt

Münchenstein. Christine Pezzetta hat am Morgen nach ihrer Wahl (BaZ von gestern) 50 Glückwunsch-Mails erhalten, während des Gesprächs mit der BaZ werden zwei Blumensträuße für sie abgegeben – und auf Facebook gratuliert auch die politische Konkurrenz. Ein guter Start für die neue FDP-Präsidentin.

BaZ: Frau Pezzetta, gibt es im Freisinn Persönlichkeiten, die Sie als Vorbild bezeichnen würden?

Christine Pezzetta: Eine eigentliche Galionsfigur gibt es für mich nicht. Es hat in unserer Partei aber viele Leute, welche die Idee des Freisinns auf eine gute und offene Art interpretieren. Das ist auch der Grund, weshalb ich bereit war, das Präsidium der Baselbieter FDP zu übernehmen. Zu den Leuten, die mir imponieren, gehört sicher auch Philipp Müller: Er ist ein Parteipräsident zum Anfassen, er spricht eine Sprache, die man versteht, und er sagt, was Sache ist – damit kann er auch mal anecken. Auch mit Personen wie unserer früheren Landrätin Rita Kohlermann tausche ich mich gerne aus.

Sie haben in einem Interview gesagt, Sie seien «beseelt vom liberalen Gedanken-gut». Was heisst das?

Es sind die Werte, in denen ich mich und mein Leben wiedererkenne: Freiheit, Offenheit, Toleranz und – ganz wichtig – Eigenverantwortung. Ich gebe aber zu, dass es nicht immer ganz einfach ist, diese Werte in die Sachpolitik zu übersetzen. Aber wir sind eine lösungsorientierte Partei.

Welches Profil wollen Sie der Baselbieter FDP geben? Sie haben am Wahlparteitag die Wirtschafts-, die Finanz- sowie die Umwelt- und Energiepolitik hervorgehoben.

Damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, braucht es eine funktionierende Wirtschaft und gute Steuerzahler. Gute Rahmenbedingungen für die Firmen sind aber etwas anderes als bloss eine Carte blanche. Auch die Wirtschaft muss ein Interesse daran haben, dass wir unseren Kindern eine intakte Umwelt hinterlassen.

Sie setzen sich damit vom neoliberalen Kurs ab, den die FDP lange Zeit propagiert hat.

Wir müssen in den Kantonen und Gemeinden immer noch für die Fehler geradestehen, die Exponenten unserer Partei etwa bei der Swissair gemacht haben. Ich erlebe aber tagtäglich, dass es in der FDP viele aufgeschlossene Leute gibt, die nicht ein-

fach wirtschaftshörig sind. Das müssen wir stärker herüberbringen. Schon der frühere Parteipräsident Fulvio Pelli hat ja die exorbitanten Managerlöhne kritisiert.

Die FDP ist heute etwas alleine im Landrat, rechts von ihr steht die SVP, links der Neue-Mitte-Block.

Es ist grundsätzlich richtig, dass wir unsere Eigenständigkeit hervorstreichen. Wir sind durch einen Läuterungsprozess gegangen und müssen unseren Weg jetzt erst einmal alleine gehen. Ich habe aber keine Berührungängste: In Sachgeschäften werden wir sicher Partner suchen, um Mehrheiten zu erlangen.

«In der FDP hat es viele aufgeschlossene Leute, die nicht einfach wirtschaftshörig sind.»

Das ist bei einem möglichen Rücktritt von Finanzdirektor Adrian Ballmer zwingend, um den zweiten FDP-Sitz in der Regierung halten zu können.

Wir werden diesen Sitz sicher nicht kampfflos preisgeben. Regierungswahlen sind Persönlichkeitswahlen – und wir werden jemanden aufstellen, der die nötige politische Statur und Erfahrung mitbringt.

Ein Problem der FDP ist die teils öffentlich ausgetragene Uneinigkeit – Stichwort Theatersubventionen. Auch in der Frage einer Fusion von Stadt und Land haben sich die Gegner verlauten lassen, bevor die Partei sich festgelegt hat.

Da wurden einige Aussagen in den Medien verkürzt wiedergegeben. Aber wir müssen gerade solche emotionalen Themen sicher vermehrt intern diskutieren, bevor wir an die Öffentlichkeit gehen. Es geht nicht darum, den Leuten einen Maulkorb umzubinden – aber ich hoffe, dass unsere Mitglieder einsehen, dass solche Sololäufe der Partei schaden.

Die FDP hat mit Hans Rudolf Gysin respektive neu mit Christoph Buser ihre Leute in der Wirtschaftskammer. Wie ist Ihr Verhältnis zum Altmarkt?

Ich glaube, alle bürgerlichen Parteien sollten ein Interesse an einer starken Wirtschaftskammer haben. Persönlich habe ich ein entspanntes Verhältnis zur Wirtschaftskammer.

Wo sehen Sie die Themen, die Sie in nächster Zukunft beschäftigen werden? Da stehen sicher die Kantonsfusion, aber auch die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse im Vordergrund. Ein Thema ist auch



Stimme der FDP. Christine Pezzetta wurde am Dienstag mit einem überaus deutlichen Resultat zur neuen Parteipräsidentin gewählt. Foto Dominik Plüss

Harmos, auch wenn hier mehr die Gemeinden betroffen sind. Wir müssen aber auch die Strukturen in der Partei überdenken und schauen, dass wir schneller reagieren können.

Braucht es ein zweites Sparpaket?

Man muss immer wieder schauen, wie es um die Finanzen steht. Das ist eine Daueraufgabe. Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt – das gilt ja auch für die Familie. Wir dürfen nicht Angst haben, dass es uns gleich schlecht geht, weil wir sparen müssen. Die Qualität in der Bildung zum Beispiel hängt nicht nur vom Geld alleine, sondern auch vom Engagement der Lehrkräfte ab.

Die FDP hat viele Mitglieder, welche führend in der Wirtschaft tätig sind. Wo sehen Sie neue Wählerschichten?

Bei jungen Familien, bei Leuten mit einem gewissen Bildungshintergrund

und politischem Interesse im Alter von 30 bis 45 Jahren.

Sie haben am Parteitag gesagt, Sie wollen die FDP wieder zu einer «populären» Partei machen. Wie wollen Sie das hinkommen?

Zeitweise musste man sich ja als FDP-Mitglied richtiggehend rechtfertigen. Wir müssen unser altes verstaubtes Image abschütteln und zeigen, dass wir dieses Land weiterbringen wollen, dass wir unseren hohen Lebensstandard sichern wollen.

Die Popularität muss sich auch irgendwann im Wähleranteil niederschlagen – die FDP Baselland liegt heute bei mageren 15 Prozent. Was ist Ihr Ziel?

Wir haben bei den jüngsten Majorzwahlen in den Gemeinden gut abgeschnitten. Das wird irgendwann auch bei den kommenden Proporzahlen zu spüren sein.

Nachrichten

Auf Fussgängerstreifen angefahren

Brislach. Ein neunjähriges Mädchen wurde am Dienstag um 18.30 Uhr auf der Zwingenstrasse in Brislach von einem Auto angefahren. Das Mädchen hatte vor dem Fussgängerstreifen gewartet, da sich ein von Breitenbach herkommender Wagen näherte. Der Lenker verlangsamte darauf seine Fahrt und das Mädchen betrat die Strasse. In diesem Moment beschleunigte das Auto wieder und erfasste die Neunjährige, die sich bei der Kollision verletzte. Der Lenker fuhr weiter, ohne sich um das verletzte Kind zu kümmern. Die Polizei sucht nun den Lenker und bittet Zeugen, sich zu melden. Bei dem Wagen soll es sich um einen weissen oder grauen Audi gehandelt haben.

Heftige Kollision fordert zwei Verletzte

Aesch. Am Dienstag um 18.30 Uhr kollidierten am Gempenring in Aesch zwei Autos. Ein 43-jähriger Autofahrer missachtete bei einem Abbiegemanöver den Vortritt eines 50-jährigen Lenkers. Die Folge war eine heftige seitlich-frontale Kollision. Beide Autofahrer mussten von der Sanität ins Spital gebracht werden.

Beim SMS-Schreiben in Auto geprallt

Zeiningen. Weil der Fahrer abgelenkt war, prallte am Dienstag ein Lieferwagen gegen ein stehendes Auto. Der mit einer 40-jährigen Frau und zwei Kleinkindern besetzte Audi war auf der A3 in Richtung Zürich unterwegs. Bei Zeiningen hatte die Frau kurz nach 14 Uhr eine Panne und hielt auf dem Pannestreifen an. In dem Moment, als sie mit der Pannenhilfe telefonierte, prallte ein Lieferwagen in voller Fahrt gegen den Audi. Da er das stehende Auto nicht frontal erfasst hatte, sei der Unfall glimpflich ausgegangen, meldete die Polizei. So wurde einzig die Lenkerin des Audis leicht verletzt. Der 37-jährige Fahrer des Lieferwagens räumte ein, während dem Fahren eine Kurzmitteilung geschrieben zu haben.

Birsstadt-Gemeinden nehmen Preis entgegen

Arlesheim. Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz verleiht den Gemeinden Aesch, Arlesheim, Birsfelden, Dornach, Münchenstein, Muttenez, Pfeffingen und Reinach heute den Preis für die Landschaft des Jahres 2012 (BaZ vom 21.4.): die Birsparke-Landschaft. Der Festakt findet um 14.15 Uhr im Forum Würth in Arlesheim statt.

Einschliesszimmer im Arxhof sind zu klein

Bern. Die nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) hat ihren Bericht über das Massnahmenzentrum Arxhof vorgelegt. Die Kommission kritisiert, dass die «Einschliessungs- und Besinnungszimmer» nicht der vom Bund vorgeschriebenen Mindestgrösse von zehn Quadratmetern entsprechen. Die besondere Anerkennung verdiene dagegen das vielseitige Beschäftigungsangebot im Arxhof.

Moment mal

An- und abgesagt

Liestal. Töfffahren bei Regen ist keine besonders lustvolle Angelegenheit. So sind die Veranstalter des ersten trinationalen Begegnungstags für Motorradfahrer am Unteren Hauenstein dafür zu beglückwünschen, dass sie den auf 12. Mai terminierten Anlass gestern Mittwoch frühzeitig abgeblasen haben. Grund: Die Wetterfrösche rechnen am Samstag mit Regen. Bemerkenswert ist die Absage eigentlich nur deshalb, weil die Polizei Baselland, die Verkehrspolizei Lörach und die Gendarmerie Kembs, die hinter dem Begegnungstag stehen, den Anlass erst am Dienstag, einen Tag vor der Absage, angekündigt haben. Und da hat der Wetterbericht für Samstag noch viel düsterer ausgesehen. ch